

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über die 32. - öffentliche - Sitzung**  
**des Unterausschusses „Tourismus“**  
**des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung**  
**am 29. Januar 2026**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

Seite:

1. **Mobilitätsinfrastruktur im Tourismus stärken - Masterplan Mobilität Ostfriesische Inseln unterstützen**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8239](#)  
*Fortsetzung und Abschluss der vorbereitenden Beratung*..... 4  
*Beschluss*..... 4
  
2. **Starke Gastronomie für ein starkes Niedersachsen - Entlastungen, Fachkräftesicherung und Zukunftsperspektiven**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8544](#)  
*Beginn der Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme und Klärung von Verfahrensfragen* 5

**Anwesend:**

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Sina Maria Beckmann (GRÜNE), stellvertretende Vorsitzende
2. Abg. Christoph Bratmann (SPD)
3. Abg. Karin Emken (SPD)
4. Abg. Frank Henning (SPD)
5. Abg. Björn Meyer (SPD)
6. Abg. Philipp Meyn (SPD)
7. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
8. Abg. Axel Miesner (CDU)
9. Abg. Claus Seebeck (i. V. d. Abg. Jonas Pohlmann) (CDU)
10. Abg. Melanie Reinecke (CDU)
11. Abg. Colette Thiemann (CDU)
12. Abg. Tamina Reinecke (GRÜNE)
13. Abg. Thorsten Paul Moritze (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsrat Dr. Ramm, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 8:01 Uhr bis 08:28 Uhr.

**Außerhalb der Tagesordnung:**

*Billigung einer Niederschrift*

Der **Unterausschuss** billigt die Niederschrift über die 30. Sitzung.

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 1:

### **Mobilitätsinfrastruktur im Tourismus stärken - Masterplan Mobilität Ostfriesische Inseln unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8239](#)

*erste Beratung: 72. Plenarsitzung am 12.09.2025*

*AfWVBuD,*

*vorbereitende Beratung gem. § 12 Abs. 3 GO LT: UATourismus*

*Zuletzt beraten: 31. Sitzung am 11. Dezember (Unterrichtung)*

#### **Fortsetzung und Abschluss der vorbereitenden Beratung**

Abg. **Karin Emken** (SPD) führt aus, die Landesregierung habe in der Unterrichtung in der vorangegangenen Sitzung die Sinnhaftigkeit des Antrags bestätigt und signalisiert, die Umsetzung in Form von Beratung zu unterstützen. Aus ihrer Sicht bestehe kein weiterer Beratungsbedarf.

Abg. **Tamina Reinecke** (GRÜNE) schließt sich ihrer Vorrednerin an und hält fest, es sei deutlich geworden, dass die nachhaltige und intermodale An- und Abreise nur dann funktionieren könnten, wenn alle an einem Strang zögen.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU) sagt, sie habe bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die jeweiligen Inseln unter Berücksichtigung ihrer individuellen Charakteristika betrachtet werden müssten. Man könne Borkum nicht mit Baltrum gleichsetzen, ebenso wenig Kraftfahrzeugverkehr mit Pferdefuhrwerken oder den Radverkehr mit dem Fußgängerverkehr.

Sie betont aber auch, es sei gut und richtig, die ostfriesische Halbinsel gebietskörperschaftsübergreifend zu betrachten und ein besonderes Augenmerk auf die dortige Infrastruktur zu legen, da dies mehrere positive Effekte für die Region habe.

#### **Beschluss**

Der **Unterausschuss** votiert gegenüber dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, dem Landtag die Annahme des Antrags zu empfehlen.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: CDU*

\*\*\*

Tagesordnungspunkt 2:

### **Starke Gastronomie für ein starkes Niedersachsen - Entlastungen, Fachkräftesicherung und Zukunftsperspektiven**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8544](#)

*direkt überwiesen am 01.10.2025*

*federführend: AfWVBuD;*

*mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF;*

*Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT: UATourismus*

*Dazu: Nachgereichte Antworten der Landesregierung zu der im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung am 28. November 2025 erfolgten Unterrichtung (**Vorlage 1 zur Drucksache**)*

### **Beginn der Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme und Klärung von Verfahrensfragen**

Abg. **Claus Seebeck** (CDU) führt aus, der vorliegende Antrag könne dazu beitragen, die Gastronomie zukunfts-fester aufzustellen. Dass dies notwendig sei, habe nicht zuletzt die Unterrichtung im federführenden Ausschuss gezeigt. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7 % auf Speisen in der Gastronomie sei hierfür ein wichtiger Teilschritt gewesen und verschaffe den Betrieben etwas Luft, die auf der anderen Seite aber durch steigende Mindestlöhne sowie höhere Preise für Lebensmittel und Energie zunehmend dünner werde.

Das Landesamt für Statistik habe mitgeteilt, die Zahl der Insolvenzverfahren in der Gastronomie habe im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um 24,5 % zugenommen. Dies sei ein deutliches Signal für die angespannte Lage. Die inflationsbereinigten Umsätze seien im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit - also 2019 - um etwa 15 bis 20 % niedriger, was die schwierige Situation der Branche verdeutliche. Die Gastronomie sei zudem stark davon abhängig, wie es den Menschen vor Ort gehe; Essen gehen sei ein Luxus, den man sich leisten können müsse. Eine Grundbedingung hierfür sei, dass sich die Gäste willkommen fühlten, wofür neben finanziellen Spielräumen auch wichtig sei, dass sich die Gastronomen verstärkt auf die Betreuung ihrer Gäste konzentrieren könnten, statt auf Bürokratie.

Aus eigener betrieblicher Erfahrung könne er bestätigen, dass die Büroarbeit viel Zeit binde und den Kontakt zu den Gästen erschwere. Häufig werde zudem übersehen, dass selbstständige Betriebsinhaber kaum noch zeitliche Kapazitäten für Ausbildung hätten. Etwa 85 % der gastronomischen Betriebe verfügten über weniger als zehn Mitarbeitende.

Schließlich rekurriert der CDU-Abgeordnete auf die Nationale Tourismusstrategie, die am 28. Januar im Kabinett beschlossen worden sei und unter anderem flexibilisierte Arbeitszeiten, den Abbau bürokratischer Lasten sowie mehr Freiräume vorsehe. Vor diesem Hintergrund regt er an, dem Wirtschaftsausschuss eine Anhörung von Fachverbänden und weiteren Expertinnen und Experten zu empfehlen.

Abg. **Frank Henning** (SPD) sagt, seine Auswertung der Unterrichtung habe gezeigt, dass der Antrag sowohl positive als auch kritische Aspekte aufweise. Die Befassung mit dem Abbau von

Bürokratielasten sei grundsätzlich zu begrüßen; einzelne Forderungen würden von der SPD jedoch anders bewertet oder seien bereits erledigt. So habe Frau Pürschel zur Forderung 1 b) erläutert, dass nach der NBauO die Erweiterung einer Gaststätte um eine Außenbewirtschaftung bereits heute verfahrensfrei möglich sei, sofern die zusätzlich in Anspruch genommene Grundfläche 100 m<sup>2</sup> nicht überschreite; weitergehende Regelungen könnten Nachbarschaftskonflikte verursachen. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 % auf Speisen sei inzwischen auf Bundesebene eingeführt worden. Der Forderung nach einer Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes sei grundsätzlich zuzustimmen, etwa um bei länger andauernden Veranstaltungen keinen Personalwechsel vornehmen zu müssen; auch daran werde derzeit auf Bundesebene schon gearbeitet. Gleiches gelte für die Forderung nach wettbewerbsfähigen Steuersätzen, die durch die beschlossene Unternehmenssteuerreform mit einer ab 2028 einsetzenden stufenweisen Senkung der Körperschaftsteuer erreicht werden sollten. Nicht zustimmungsfähig sei hingegen der Verzicht auf staatliche Eingriffe wie Tariftreuegesetze. Die aktuellen Planungen seien ausreichend bürokratiearm, zumal mit dem Tariftreuegesetz zur Einhaltung der tariflichen Entlohnung unkompliziert über eine formalisierte Eigenerklärung abgegeben werden könne.

Fernerhin sei die SPD-Fraktion auf eine von der Clearingstelle des Landes Niedersachsen gemeinsam mit IHK und DEHOGA erarbeitete Liste mit 145 Einzelmaßnahmen zum Bürokratieabbau hingewiesen worden, die unter anderem die Gastronomie beträfen. Er, Frank Henning, regt einen Austausch des Unterausschusses mit den Akteuren an.

Des Weiteren habe Ministerpräsident Olaf Lies vor, Berichtspflichten künftig grundsätzlich entfallen zu lassen und nur bei begründetem Bedarf wieder einzuführen. Hierzu lägen ihm, Henning, bislang lediglich Presseinformationen vor, weshalb er eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu diesem Thema erbitte.

Abg. **Tamina Reinecke** (GRÜNE) merkt an, sie habe im Rahmen der Unterrichtung insbesondere überrascht, dass die verbreitete Annahme eines massiven Rückgangs der Zahl der Gastronomiebetriebe relativiert worden sei. Die Daten zeigten, dass ähnlich viele Betriebe neu entstünden wie schlössen.

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit halte sie grundsätzlich für einen richtigen Ansatz, die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen erschlossen sich ihr jedoch nicht vollständig: Innovationswettbewerbe seien hierfür aus ihrer Sicht kein geeignetes Instrument, andere Maßnahmen wären geeigneter, langfristiger und nachhaltiger zu wirken.

Zum Fachkräftethema habe sie festgestellt, dass zwar weiterhin Herausforderungen bestünden, man sich insgesamt jedoch auf einem guten Weg befinde. Die Fachkräfteanwerbung funktioniere, was sich auch daran zeige, dass es heute viermal so viele Auszubildende mit ausländischer Staatsangehörigkeit gebe wie noch im Jahr 2013.

Der Abbau bürokratischer Hürden sei selbstredend ein erstrebenswertes Ziel. Positiv sei, dass sich die Landesregierung hierzu auch mit der DEHOGA im Austausch befinde und nach dem bayrischen Vorbild eines Praxischecks eine entsprechende Umsetzung für Niedersachsen prüfe.

In der Tat müssten viele Probleme auf Bundesebene angegangen werden, weshalb sie; Tamina Reinecke, der CDU, die ja auch den Tourismusbeauftragten stelle, nahelege, sich für diese Punkte einzusetzen. Deshalb sollte sich in dem anzuberaumenden Gespräch über die Maßnahmenliste explizit auf die für Niedersachsen relevanten Themen konzentriert werden.

Abschließend sei hervorzuheben, dass Gastronomie Orte des gesellschaftlichen Austauschs schaffe, was gerade in krisenhaften Zeiten von besonderer Bedeutung sei. Gastronomie sei mehr als Tourismus oder Wirtschaft. Der vorliegende Antrag leiste aus ihrer Sicht jedoch keinen optimalen Beitrag zu der formulierten Zielsetzung.

Abg. **Thorsten Paul Moriße** (AfD) lobt den Antrag. Ergänzend weist er darauf hin, dass es in Wilhelmshaven eine hohe Zahl an Erwerbslosen gebe, von denen rund zwei Drittel über keine Ausbildung verfügten. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert, wenn der Wirtschaftsausschuss sich intensiver mit der Frage befassen könnte, wie angesichts des Fachkräftemangels mehr Menschen in Ausbildung gebracht werden könnten.

Kritisch sei lediglich die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes zu sehen. Es sei unklar, ob die Auflösung der starren täglichen Höchstarbeitszeit zugunsten einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit tatsächlich funktionieren werde. Dies müsse vertieft geprüft werden, falle jedoch in die Zuständigkeit des Bundes.

Abg. **Colette Thiemann** (CDU) stellt fest, sie halte insbesondere die Anregung für sinnvoll, die Clearingstelle zu einem Austausch einzuladen. Diese sei seinerzeit auf ihre Initiative in Niedersachsen eingerichtet worden und habe sich als ausgesprochen zweckmäßig erwiesen. Der Austausch solle sich jedoch auf touristisch relevante Aspekte konzentrieren. Zugleich solle den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses die Teilnahme ermöglicht werden.

Weiter unterstreicht sie die Ausführungen von Abg. Seebeck: Die Situation der Gastronomie sei besorgniserregend. Die Statistiken, auf die Frau Reinecke sich bezogen habe, müssten in einem weiteren zeitlichen Rahmen betrachtet werden. Zwar seien zuletzt steigende Ausbildungszahlen zu verzeichnen gewesen, zwischen 2010 und 2019 habe die Gastronomie jedoch nahezu ein Drittel der Auszubildenden verloren, hinzu seien erhebliche Einbrüche während der Corona-Zeit gekommen. Ein aktueller Zuwachs von 20 % kompensiere lediglich den Rückgang zwischen 2017 und 2019, während insgesamt nach wie vor ein erhebliches Defizit bestehe.

Gerade für den ländlichen Raum habe das Gastgewerbe eine herausragende Bedeutung, da das Gesamtangebot dort stark begrenzt sei. So sei es etwa wichtig, dass entlang längerer Radwege Dorfgaststätten geöffnet seien. Im Schaumburger Land etwa gebe es zwar attraktive Radrouten, jedoch bestünden vielfach keine Einkehrmöglichkeiten mehr. Wenn zentrale gastronomische Betriebe etwa mangels Auszubildender schließen müssten, brächen tragende Strukturen für das dörfliche Gefüge und den Tourismus weg. Schließlich sei auch nicht die Bedeutung zu unterschätzen, die solche Orte der Begegnung im ländlichen Raum auch für die Demokratie hätten.

Abg. **Claus Seebeck** (CDU) wirft die Frage nach dem Verhältnis von Betriebsaufgaben und -neugründungen in ländlichen und urbanen Räumen auf. Familiengeführte kleine Betriebe auf dem Land hätten deutlich größere Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung als Betriebe in Stadtgebieten, wo neu eröffnete Betriebe, die häufig innovationsgetrieben seien, oftmals nach kurzer Zeit wieder vom Markt verschwänden.

Zum Fachkräftemangel erläutert er, dass viele dieser neu eröffneten Betriebe nicht von gastronomisch ausgebildetem Fachpersonal gegründet würden, sondern von Personen, die als Quereinsteiger in die Branche kämen. Insgesamt sei inzwischen wieder ein spürbarer Zuwachs an Fachkräften zu verzeichnen; in ländlichen Räumen könne teilweise sogar von einem

Überangebot gesprochen werden. Dies hänge auch damit zusammen, dass Betriebe, die bislang Fachkräfte beschäftigten, keine wirtschaftliche Perspektive mehr sähen und schließen müssten.

Abschließend betont er, es sei positiv zu bewerten, dass mit Dr. Christoph Ploß ein neuer Tourismusbeauftragter im Amt sei, der erkannt habe, welche Bedeutung der Tourismus und insbesondere die Gastronomie hätten. Man stehe mit ihm in engem Austausch.

Abg. **Frank Henning** (SPD) bekräftigt, auch die Aussagen von Frau Pürschel hätten darauf abgezielt, dass die Gastronomie im ländlichen Raum stark unter Druck stehe und zahlreiche Betriebe schließen müssten, während die Gastronomie in den Ballungszentren florierte.

\*

Der **Unterausschuss** billigt den Vorschlag, sich mit der der Clearingstelle des Landes Niedersachsen, IHK und der DEHOGA zur besprochenen Maßnahmenliste im Rahmen einer Anhörung auszutauschen. Ferner bittet er die Landesregierung um eine Unterrichtung in einer seiner nächsten Sitzungen zu dem Wegfall von Berichtspflichten und beschließt, den Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung die Teilnahme an beiden Terminen anheimzustellen und ihnen ein Rede- und Fragerecht gemäß § 94 Abs. 2 GO LT einzuräumen.

Ein Auszug aus der Niederschrift soll an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung übersandt werden.

\*\*\*